

Gewerbsteuer steigt kräftig

Die Folgen des Beschlusses der Stadtvertretung von Gadebusch sind noch nicht absehbar

Sie haben es getan: Die Gadebuscher Stadtvertreter haben zum Januar 2020 eine kräftige Erhöhung der Gewerbsteuer beschlossen. Sie soll von bisher 240 auf 380 Prozent des steuerlichen Messbetrages steigen – ein Plus von 58 Prozent! Diese Erhöhung bezeichneten einige Stadtvertreter als „Erpressung durch die Landespolitik“, der man aber nun nicht mehr ausweichen könne. Das hat Folgen für die Stadt, die Gewerbebetriebe, aber auch für das Land MV, den Landkreis Nordwestmecklenburg und die Gemeinden im Amt Gadebusch. Seit 2002 erhob die Stadt Gadebusch eine Gewerbsteuer von 200 Prozent. Das war der niedrigste Steuersatz, der bundesweit zulässig ist. Auf Druck der Landesregierung wurde dieser Satz ab 2017 auf 240 Prozent angehoben – immer noch sehr niedrig. Das macht bei gewinnträchtigen Unternehmen schon einen Unterschied von mehreren Millionen aus. Zum Vergleich: Grevesmühlen erhebt 365, Wismar und Schwerin 450 Prozent.

Hohe Einnahmen durch Gewerbesteuern

Seit Jahren tadelte das Land Mecklenburg-Vorpommern, die Stadt Gadebusch verzichte auf Einnahmen, die sie mit einem höheren Gewerbsteuer-Satz erzielen könnte. Und so hat das Land schließlich mit Einführung eines „Nivellierungshebesatzes“ die absurde Praxis angewendet, dass Gadebusch für Einnahmen Umlagen zahlen muss, die es nie erhalten hat.

Darüber hinaus zahlt das Land den Gadebuschern keine Schlüsselzuweisungen mehr, die für Gemeinden jedoch die wichtigste Einnahmequelle sind. Auch Zuschüsse, beispielsweise für den Bau der neuen Sporthalle, erhielt Gadebusch nicht, weil es ja auf Gewerbesteuern verzichte.

Im Fall von Gadebusch führt eine höhere Gewerbsteuer jedoch zu weniger Einnahmen. Denn die steuerstärksten Betriebe in Gadebusch sind Kapitalgesellschaften und Vermögensverwaltungen, sogenannte „Briefkastenfirmen“. Sie erwirtschaften teilweise hohe Gewinne und suchten natürlich einen Sitz mit niedriger Gewerbsteuer. Und dafür bot Gadebusch bislang ideale Bedingungen. Außer einem niedrigen Steuersatz bietet die Münzstadt auch eine gute Infrastruktur, eine gute Lage zwischen zwei Autobahnen, günstigen Wohn- und Büroraum und freie Flächen. Und so kamen neben den „Briefkastenfirmen“ auch produzierende Betriebe in die Stadt, die Arbeitsplätze schufen und deren Steuerzahlungen zu einem wichtigen Faktor in den städtischen Finanzen wurden.

Die vom Statistischen Amt zuletzt für 2016 veröffentlichten Zahlen zeigen Gadebusch mit zirka 14,8 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen an der Spitze der Städte und Gemeinden in Nordwestmecklenburg. Nur Wismar mit 16,1 Millionen erreichte einen höheren Betrag – bei einer achtmal höheren Einwohnerzahl. Sehr bescheiden wirken dagegen die Zahlen für Upahl (539 000 Euro) oder Dassow (272 000 Euro), obwohl dort große Gewerbestandorte vorhanden sind. Trotz des niedrigen Hebesatzes nahm Gadebusch mehr als 30 Prozent der gesamten Gewerbsteuer aller 85 Gemeinden im Kreis ein, obwohl nur 3,3 Prozent aller Nordwestmecklenburger in der Münzstadt leben.

Briefkastenfirmen können schnell das Weite suchen

Was sind die Folgen der kommenden Steuererhöhung auf 380 Prozent? – Die Firmen, die hier nicht produzieren, können die Stadt leicht verlassen. Sie schrauben einfach den sprichwörtlichen

Briefkasten ab und suchen sich einen günstigeren Standort in Deutschland oder anderen, günstigeren Staaten der EU, wie Luxemburg oder Irland. Die Einsparung würde immerhin einige Millionen pro Jahr betragen. Der Geschäftsführer des größten Gadebuscher Gewerbesteuerzahlers hat bereits im Juni 2016 in der SVZ angekündigt, Gadebusch bei einer derart drastischen Steuererhöhung den Rücken zu kehren.

Opfer dieser Steuererhöhung sind also die produzierenden Betriebe der Stadt. Ihre höhere Steuerlast würde jedoch nicht die Verluste ausgleichen, die durch den Wegzug der „Briefkastenfirmen“ entstehen würden.

Die anderen Gemeinden müssen bluten

Bisher trägt Gadebusch wegen seiner hohen Steuerkraft auch übermäßig zur Kreisumlage bei. Diese Umlage müssen alle 85 Städte und Gemeinden im Landkreis aufbringen, um den Finanzbedarf des Kreises zu decken. Von 58,3 Millionen der Kreisumlage für das Jahr 2018 zahlte Gadebusch allein rund 7 Millionen Euro. Doch nach der Steuererhöhung wird die Gadebuscher Steuerkraft stark sinken. Und damit ab 2022 auch die Einzahlung für die Kreisumlage.

Dafür müssen die anderen 84 Gemeinden rund 5 Millionen Euro mehr an den Kreis zahlen, um die wegfallende Gadebuscher Einzahlung auszugleichen. Zahlt heute eine Gemeinde durchschnittlich 373 Euro pro Einwohner als Kreisumlage, dürften es dann deutlich über 400 Euro sein.

Teurer Spaß für die sieben Landgemeinden

Noch teurer wird es für die sieben Landgemeinden Dragun, Kneese, Krembz, Mühlen Eichsen, Roggendorf, Rögnitz und Veelböken im Amt Gadebusch. Sie werden ab 2022 nicht nur einen höheren Anteil der Kreisumlage zahlen müssen, sondern auch für die Amtsumlage des Amtes Gadebusch. Denn die künftig steuerschwache Stadt Gadebusch wird weniger für die Verwaltung zahlen können. So werden die Landgemeinden jährlich rund 500 000 Euro mehr dafür aufwenden müssen – durchschnittlich etwa 100 Euro pro Einwohner.

Auch das Land gehört zu den Verlierern

Und nicht zuletzt wird kurioserweise auch das Land Mecklenburg-Vorpommern zu den Verlierern der Gadebuscher Steuererhöhung gehören. Denn die Gewerbesteuerumlage – im Jahr 2016 immerhin 2,2 Millionen Euro – wird ab 2022 deutlich geringer ausfallen.

Wegfallen wird für das Land auch die Zahlung der Stadt für die Finanzausgleichsumlage, weil Gadebusch dann nicht mehr zu den sogenannten „abundanten“, also im Überfluss lebenden, Gemeinden gehören wird. Und bald wird das Land an die Stadt auch Schlüsselzuweisungen zahlen müssen, die es Gadebusch bisher mit Hinweis auf die eigenen Steuerquellen verweigert hat.

Gastkommentar von Andreas Lausen: Den Schaden werden alle zu tragen haben

Verlierer könnten auch die Gadebuscher Bürger sein, denn die Stadt wird erhebliche Klimmzüge machen müssen, um ihre Leistungen erhalten zu können. Die Stadtpolitik hat das Land seit Jahren auf die fatalen Folgen eines hohen Gewerbesteuersatzes hingewiesen, stieß aber dort auf taube Ohren. Das Land will das Finanzausgleichsgesetz in diesen Punkten lassen, wie es ist. Das Land pocht auf die Ausnützung der Einnahmequellen. Das erweist sich hier als Schuss ins eigene Knie. Den Schaden werden alle zu tragen haben.

– Quelle: <https://www.svz.de/25408382> ©2019